

# Der Deutsche Holzarbeiter

Organ des christlichen Holzarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Erscheint jeden Freitag.

Erhalten durch alle Postanstalten zum Preise von M. 1,50  
Einzel. Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Redaktion und Expedition:

Alte a. Rhein, Palmstraße 14. — Telefonruf 7605.  
Redaktionschluss Dienstag Mittag.

Inserate

Kosten die dreigespaltene Zeile 30 Pfg. Stellenvermittlung  
und Anzeigen der Geschäftsstellen die Hälfte.

Nr. 24.

Köln, den 15. Juni 1906.

VII. Jahrgang.

## Zeichen der Zeit.

Saarrevier hat von jeher den Ruhm genossen, kein Stützpunkt des sozialen Gedankens zu sein. Freiherr v. Simm, der Allgewaltige, übte hier ein streng absolutistisches Regime. Wehe dem, der sich erdreistete, in seine Aktionen einzugreifen. Als Vertreter des patriarchalischen Regimes hielt er auf Sitte und Ordnung. Auf Sitte insofern, als darnach angeordnet, die „Autorität des Herrn im Hause“ zu halten. Innerhalb dieser „sittlichen Ordnung“ aber, soweit es der engebegrenzte Rahmen derselben zuließ, noch ein gewisses materielles Wohlfühlen.

Simm ist tot, doch sein absolutistisches Regiment lebt fort. Die herrschenden Gewalten weisen keinen Fortschritt sozialen Erkennens auf, im Gegenteil, es ist von einer steten Entwicklung desselben zu berichten. Im „Königreich“ ist der Absolutismus das herrschende System geworden. Eine andere Entwicklung zeigt der Gedankensflug und das Empfinden der Arbeitermassen. Nicht nur das materielle Wohlfühlen ist heute Gegenstand der Betrachtungen der Arbeiter, sondern auch die rechtlichen und sozial-ethischen Probleme der modernen Entwicklung. Die Unterwürfigkeit unter ein absolutistisches Joch erscheint dem denkenden Lohnsklaven nicht mehr, als ein behäbiges materielles Auskommen mit der Bindung der in der Person liegenden geistigen Kräfte. So hat sich im Saarrevier ein Umschwung vollzogen, der über kurz oder lang zu einem Zusammenstoß der beiden sich entgegengesetzten Auffassungen führen mußte.

Schneller als man erwarten konnte, ist dieses eingetreten. Wie lange dauerte es nicht, bis in manchen Industrie- und Gewerbetrieben die Arbeiterschaft unter dem Einflusse der Gewerkschaftsbewegung ihre rechtliche Stellung erkannte? Im Saarrevier dagegen war dieses das Werk weniger Tage. Nach der Reichstagswahl von 1903 erst erkannte man, daß die staatsbürgerliche Freiheit nur dann für die Arbeiter zu erringen sei, wenn ihnen die Gleichberechtigung durch die wirtschaftliche Organisation erkämpft werde. Mit elementarer Macht, die der Gewerkschaftsgebäude Bahn, zum Zeichen dafür, daß die Arbeiterschaft lange genug das unwürdige Joch der Bevormundung ertragen hatte.

Da glaubte, daß der „Unverstand der Massen“ an dem Nichtauftreten einer mächtigen Arbeiterbewegung im Saarrevier sei, sah sich getäuscht. Einzig und allein der Druck von oben hatte dieses verhindert. Nunmehr kam dieser dem Ansturm der Arbeiterschaft nicht mehr entgegen.

Eine solche Entwicklung wurde von allen Freunden der Arbeiterschaft begrüßt, von all denen, die die Gefahr für ein Volk darin erkennen, daß sich nur aus Herren und Knechten zusammensetzt. Selbst in den Ländchen schien ein günstiger Wind zu wehen, der das Saarrevier mit seinen fiskalischen Gruben nicht zu trennen war. Ein reinigendes Gewitter in Gestalt der Bismarck- und Hilger-Krämer-Prozesse, läuterte dann, in der der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter, die konnte.

Nachdem aber das Schicksal der Nachhaber in den fiskalischen Betrieben besiegelt, wird nunmehr in der Privatindustrie ein Kampf gegen die Rechte der Arbeiterschaft geführt. Dr. Alexander Lile, der Repräsentant der Saarrevier, macht seinen Einfluß hier in einer Weise geltend, wie man ihn sonst nur bei den Vorständen eines Klassenkampfes zu sehen pflegt. Den Arbeiter als gleichberechtigt anzuerkennen, das diesen Herren nicht zu verlangen, daß aber unter dem Einflusse des dem Arbeiter geleglich gewährleisteten Einflusses genommen wird, ist eine Perfidie an der der Sozialdemokratie. Als Lile noch Dozent an einer Universität war, da war er es, der einen Aufsatz „Die Arbeiterbewegung“ veröffentlichte, der beweisen sollte, daß einzig und allein das deutsche Volk und der deutsche Arbeiter auf ihrer Intelligenz und der Anpassungsfähigkeit, in der sie den kommenden industriellen und kommerziellen Entwicklungen mit Ruhe entgegen zu sehen. „Mehr Deutsche“ war der Schlusssatz der Lile'schen Abhandlung, die auf die Bedeutung der deutschen Volkswirtschaft hinarbeitete. Der Aufsatz aber, bringt es heute fertig, als gut bezahlter, das Streben der deutschen Arbeiterschaft um ihr Recht zu schmähern. Ihm ist es zu danken, wenn heute die Arbeiter in der Saarrevier einen erbitterten Kampf um ihr Koalitionsrecht führen muß. Das Verlangen der Arbeiterschaft nach ihren Menschenrechten bezeichnet er als „sozialistische Fiktion“, das konstitutionelle System im Wirtschaftsleben als „sozialistische Fiktion“.

Wenn heute die Dinge im Saarrevier so liegen, so ist die Arbeiterschaft um ihr natürliches Recht noch kämpfen. Es trägt nicht wenig das soziale Regimen der Regierung der Regierung dazu bei. Freilich ist im Reich, wie in Preußen, aber eine Rückwirkung ist

nicht zu verkennen. Die sozialpolitische Unfruchtbarkeit des Reichstages in der vergangenen Session gibt hier zu denken. Im preußischen Landtage fand eine Knappschaffsreform ihre Erlebung, die unter den Bergarbeitern infolge ihres reformatorischen Wesens eine große Erbitterung hervorruft. Im preußischen Herrenhause aber, da tummeln Minister das Absolutistisches Staatsverständnis, welche sozialen Problemen ziemlich weit entfernt ist. Dieser Geist aber kann und konnte nicht ohne Einfluß auf die mit den Behörden in engster Fühlung stehenden Kreise der Saarindustrie bleiben. Wenn nun gar noch die breite Öffentlichkeit von all dem hört, wovon das Herz mancher Minister voll ist und daher der Mund überläuft, dann ist natürlich, daß mit den Machern an der Saar auch Regierungskreise als Nährväter des sozialen und politischen Absolutismus betrachtet werden.

Bei der Spannung, die in der gegenwärtigen Zeit weite Kreise derjenigen beherrscht, welche nicht in der bürgerlichen Gesellschaft ihr Heil suchen, da wären zur Stärkung des sozialen und nationalen Volksempfindens Taten angebracht. Leider aber ist es auch ein Zeichen der Zeit, daß man letztere am grünen Tische nicht versteht.

## Hamburger Brief.

„Wenn Du nach Hamburg machen willst, so mußt Du Dich vorher dem sozialdem. Verband anschließen“; das ist die Mahnung, die in West- und Süddeutschland des öfteren ein Kollege dem andern gibt. Die Kollegen von dem Gegenteil zu überzeugen, ihnen zu zeigen, wie man in Hamburg, dem Domizil unserer linksstehenden Kollegen, auch existieren kann ohne seine Ueberzeugung zu verleugnen, ohne dem sozialdem. Verband anzugehören, sei der Zweck dieser Zeilen.

„Ich bekomme keine Arbeit dort, ohne dem „freien“ Verband anzugehören“, wird man mir entgegen wollen. Allerdings vom sozialdem. Verband aus, nachweise, der, nebenbei bemerkt, absolut kein Musterinstitut ist, bekommen unsere Verbandskollegen keine Arbeit. Die Mitglieder des christlichen Holzarbeiter-Verbandes wenden sich sofort bei ihrer Ankunft hierher an die Mitglieder der Ortsverwaltung. Diese werden dafür sorgen, daß den Kollegen sobald wie möglich durch den von unserer Seite eingerichteten Arbeitsnachweis passende Arbeit vermittelt wird. Sollte dieses jedoch nicht möglich sein, was allerdings nicht zu bezweifeln ist, wenn alle unserer Geschäftsstelle angehörnden Mitglieder auch fernerhin bestrebt sein werden, denselben zu unterstützen, so ist noch der Arbeitsnachweis der Tischlerinnung da. Dort wird niemand nach der Organisationszugehörigkeit, nicht nach der Ueberzeugung gefragt; dort wird, wenn der Kollege sich als ein sachkundiger Arbeiter ausweisen kann, eine den Fähigkeiten entsprechende Arbeit zugewiesen. Es soll hier allerdings nicht gesagt sein, daß der Arbeitsnachweis der Tischlerinnung über jede Kritik erhaben ist, nein, unser Bestreben wird es sein, dahin zu arbeiten, daß wir sobald wie möglich einen paritätischen Arbeitsnachweis erhalten. Kollegen, die nach Hamburg machen wollen, müssen deshalb alle dahingehenden Bedenken fahren lassen, sie können keinen überzeugten Gewerkschaftler veranlassen, unsere Geschäftsstelle zu meiden, oder sich dem sozialdem. Verband anzuschließen und sich dadurch zu einem willenlosen Werkzeug der Sozialdemokratie stempeln zu lassen.

„Die roten Kollegen werden mich außer Arbeit und Brot bringen, wenn ich mich auf der Werkstatte als christlich organisiert bekenne“, wird ein anderer sagen. Auch diese Bedenken sind unberechtigt. Gerade dadurch, daß man seine Ueberzeugung offen und frei bekundet, wird man sich in den meisten Fällen bei den Gegnern Achtung und Anerkennung verschaffen. Wir christlichen Gewerkschaftler wollen auch hier, wo wir doch so in der Minderheit sind, nicht nur geduldet, sondern anerkannt sein. Und sollte man es wagen, jemanden wegen seiner Ueberzeugung auf Straßengasse zu bringen, dann steht die Organisation hinter ihm. Die Ortsverwaltung wird für ihn eintreten und wenn die Gegner es absolut nicht anders wollen, wird dieselbe gezwungen sein, die Terroristen über den Kollegen aus dem gegnerischen Lager mit dem Strafgesetzbuch bekannt zu machen. Es ist allerdings bedauerlich, wenn ein Arbeiter wegen eines solchen Vergehens ins Gefängnis wandern muß; denn diejenigen, die den Haß und Groll gegen Andersdenkende durch elende Verleumdungen und Lügen bis aufs äußerste entfachen, stehen absichtlich und wissen sich in den meisten Fällen der ihnen zustehenden Strafe zu entziehen. Und doch, diese sind es, die die Schuld an solchen Vorfällen tragen. Deshalb muß das Vertrauen zu unserer Organisation ein solches sein, welches auch über Bedenken dieser Art hinweg hilft.

„Ich würde mich dem christlichen Verband anschließen, aber da ich gewiß hin längere Zeit dort zu bleiben, so möchte ich nicht einer Organisation angehören, die dort zur Unzulänglichkeit verurteilt ist, wegen ihrer großen Minderheit“, wird ein Dritter sich ausreden wollen. Unberechtigt ist auch diese Ausrede.

Ist es uns auch wegen unserer großen Minderheit bisher nicht möglich gewesen, bei Lohnbewegungen offiziell eine führende Rolle zu spielen, so war es uns doch zu wiederholten Malen möglich gemacht, indirekt auf die Bewegung einzuwirken. Daß man, trotzdem wir durch unsere Tätigkeit gezeigt haben, daß wir, wenn es gilt Arbeiterinteressen zu vertreten, nicht zuletzt zur Stelle sind und wenn man genau wissen mußte, wie viele unserer Kollegen bei der vorjährigen Lohnbewegung in Mitleidenschaft gezogen wurden, wenn man dann trotzdem in der Statistik über Lohnbewegungen in der „Holzarbeiter-Zeitung“, dem Organ des sozialdem. Holzarbeiterverbandes, nur den vierten Teil der unferreiß in Betracht kommenden Kollegen anführte und man sich auch während der Bewegung nicht scheute, uns des versuchten Streikbruchs zu beschuldigen und diese Verleumdungen auch, trotzdem man von dem Gegenteil überzeugt sein mußte, noch lange nachher zur Fege gegen die Christlichen benutzte, so ist dies eine Rücksichtslosigkeit, die niedriger gehängt zu werden verdient. Wenn man uns den Streikbruch vorwarf, so wissen wir jetzt, wo derselbe zu finden war; mußte doch die sozialdem. Holzarbeiter-Zeitung selber zugeben, daß bei der in Frage stehenden Bewegung 265 Streikbrecher von den im sozialdemokratischen Verband organisierten Holzarbeitern zu verzeichnen waren.

Und wenn nun zum Schluß noch angeführt sei, daß wir bei Lohnbewegungen, dank unserer gut bestellten Lokalkasse, recht erhebliche Zuschüsse zur ordentlichen Verbandsunterstützung leisten, so muß ein jeder Kollege, der gewillt ist hier Arbeit zu nehmen, darüber sich klar sein, daß es für ihn absolut unnötig ist, sich dem sozialdem. Verband anzuschließen, um hier existieren zu können. Besonders aber den Kollegen, die gewillt sind, kräftig für unsere christliche Bewegung zu arbeiten, finden in der Großstadt ein Arbeitsfeld, dort können sie ihre Kraft erproben, dort soll sie daran mitarbeiten, zunächst die im sozialdem. Verband Organisierten für unseren Verband zu gewinnen, da unter diesen wie zu wiederholten Malen Gegner aufgefunden, nicht wenige sind, die ihrer Ueberzeugung nach dort hin gehören. Haben wir das erreicht, so wollen wir versuchen, auch den Gegnern klar zu machen, wohin die sozialdem. Partei, der man sich vollends in die Arme geworfen hat, sie führen wird. Ist nun aber ein jedes unserer Mitglieder ein Agitator der christlichen Gewerkschaftsbewegung, dann wird es, wie hier in der Hochburg der „Aufgeklärten“, überall rüstig vorwärts gehen, trotz alledem.

B. W.

## Stimmen zum Verbandstage.

Unser diesjähriger Verbandstag wird ohne Zweifel, wie keiner zuvor, bedeutungsvolle Neuerungen und große Aufgaben bringen. Die Situation im Gewerkschaftsleben gebietet es gewissermaßen, einen kräftigen Schritt vorwärts zu machen.

Im Vordergrund steht, auch nach den bis jetzt laut gewordenen Stimmen, wohl die Beitragserhöhung. Dieser Punkt hat in den letzten Jahren manchen Gewerkschaftler eines andern belehrt. Während man vielleicht auf dem letzten Verbandstag geglaubt hat, mit dem damals festgelegten Beitrag auf längere Zeit geschützt zu sein, kann man heute mit Bestimmtheit sagen, es ist ausgetrocknet mit dem 30 Pfg.-Beitrag allen Anforderungen der heutigen Verhältnisse gerecht zu werden. Nicht allein die Streiks erfordern mehr Mittel als früher, sondern es werden auch mit mir viele der Meinung sein, daß in Punkt Agitation mehr als bisher aufgewendet werden muß, sollen alle Gebiete, die bis jetzt noch unbearbeitet blieben und wo für uns noch viel zu holen ist, erobert werden. Insbesondere ist zu wünschen, ich möchte sagen zu verlangen, daß die Zentralleitung sich ein Beispiel an den übrigen christlichen Gewerkschaften nimmt und etwas mehr riskiert, d. h. nicht gar zu ängstlich ist, wenn es gilt mehrere Kräfte für den Verband freizustellen. Dazu ist selbstverständlich notwendig, daß die Zentrale auch in die Lage versetzt wird, dies durchzuführen, daß eben die Kasse gestärkt wird. Es dürften deshalb 50 Pfg. Beitrag nicht zu hoch gegriffen sein; denn stellt man mehr Anforderungen, so muß man billigerweise auch mehr Opfer bringen. Dadurch wäre es wohl möglich, einigermaßen den Zeitverhältnissen Rechnung zu tragen.

Mit diesem Beitrag möchte ich aber alle besonderen Anhangsel, wie Sekretariatsbeiträge und dgl., abgeschafft wissen, denn ich stehe auf dem Standpunkt, daß mit einem angemessenen Einheitsbeitrag sehr wohl diese Posten bestritten werden können, und wäre dadurch mehr der Allgemeinheit Rechnung getragen. Namentlich habe ich hier im Auge die ungleiche, um nicht zu sagen ungerechte Leistung der Sekretariatsbeiträge in Süddeutschland. Es dürfte ohne weiteres jedem klar sein, daß der Sitz eines Sekretärs gegenüber andern Orten verschwindend wenig Vorteile für die betreffende Geschäftsstelle bietet, trotzdem aber diese das Doppelte an Beiträgen bis dato leistet. Wir wissen auch, daß daran



nicht zu ändern ist, denn der Sekretär muß stets dort sein, wo es am notwendigsten erscheint. Es wäre also hier zu verlangen, daß, wenn der Verbandstag es für gut findet, dieses System beibehalten, mindestens alle Zahlstellen gleichmäßig herangezogen werden. In diesem Falle wären auch zugleich die zu leistenden Sekretariatsbeiträge, nicht wie bisher nach der Mitgliederzahl sondern nach den verkauften Marken zu berechnen.

Ferner meine ich, daß mit dem vorgeschlagenen Beitrag, ein höherer Anteil der Lokalkasse zu verlangen, nicht unberechtigt ist, damit diejenigen Orte, die nicht über den statistischen Beitrag hinauskommen können, auch die Mittel geboten wären, das Notwendigste für die Zahlstelle einzurichten. Wenn ich einem möglichst einheitlichen Beitrag das Wort rede, so würde auf diesem Wege dem näher getreten.

Mit dem höheren Beitrag dürfte es aber nicht zweckmäßig sein, die Unterstützung möglichst hoch zu setzen, denn es könnten dadurch die Mitglieder sehr leicht zu reinen Klassenmenschen erzogen werden, denen die ideellen Bestrebungen Nebensache sind. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß die Unterstützungen in einzelnen Punkten keine Verbesserungen bedürfen, sondern das Hauptziel muß eben immer bleiben, bessere Lebensbedingungen zu schaffen.

Es wurde auch verschiedentlich eine allgemeine Krankenunterstützung angeregt. Dafür wäre ich nicht zu haben. Einmal, weil gewissermaßen unserer Zuschußkasse das Wasser dadurch abgegraben würde, oder doch mindestens diese sehr darunter zu leiden hätte; andererseits bei einer Krankenunterstützung nicht das geboten werden kann, was in Wirklichkeit notwendig wäre. Verlangt schon unsere Zuschußkasse bei einer wöchentlichen Leistung von 4,20 Mark 15 Pfg. Beitrag, so ergibt hier auf den ersten Blick, daß 50 Pfg. Gesamtbeitrag nicht genügen würden für diesen Fall, neben den übrigen Ansprüchen, die an den Verband gestellt werden. Ob aber heute ein höherer Beitrag durchführbar ist, wäre eine andere Frage. Ich vertritt den Standpunkt, wer sich gegen Krankheit richtig versichern will, für den haben wir die Zuschußkasse. Eine andere Frage wäre die, was schließlich unsere Solidarität verlangt, diejenigen Mitglieder zu schützen, welche in Folge ihres Gesundheitszustandes in eine Hilfskasse nicht aufgenommen werden können. Eine etwaige Erwerbslosenunterstützung würde hier eingreifen müssen.

Möge nun der Verbandstag uns gesunde Neuerungen, die geeignet sind, unsere Sache vorwärts zu bringen, schaffen. Das wird gewiß der Wunsch aller Kollegen sein.

W. Fetz, Mannheim.

Anfänglich ein Freund von Staffelleitungen, habe ich mich davon überzeugt, daß die Einführung dieser Art Beiträge in unsern Verbande nicht gut möglich ist. Ich möchte nun den Vorschlag machen 45 Pfg. Beitrag zu erheben und hier von 40 Pfg. der Hauptkasse zuzufügen zu lassen. Die jüngeren und kleineren Zahlstellen könnten dann durch die Einführung eines Lokaltbeitrages von 5 Pfg. und die älteren und größeren durch einen solchen von 15 Pfg. den übernommenen Verpflichtungen nachkommen. Wir hätten dann nur noch zwei Beiträge, während wir jetzt, wie Kollege Rappler richtig anführte, fünf- und sechselei haben. Besonders zu wünschen wäre die Einführung einer Krankenunterstützung. Die Kollegen Wittensohn, Lütjungen und Kiehlhage Hannover, glauben zwar, wir würden dadurch der Krankengeldzuschußkasse das Wasser abgraben, was ja an und für sich möglich ist; aber wir müssen auch wieder bedenken, daß wir auch Kollegen haben, die wegen vorgerücktem Alter der Zuschußkasse nicht angehören können, weil sie der § 2 der Statuten daran hindert. Nun werden aber die Kollegen zugeben müssen, daß gerade diese Kollegen die Krankenunterstützung am notwendigsten haben, da sie ja auch meistens noch eine Familie ernähren müssen. Und besonders wegen dieser Kollegen müssen wir eine Krankenunterstützung einführen.

Ed. Spindler, Hamburg.

Mit Kollegen Fischer, Bremen bezeichne ich es als eine erfreuliche Tatsache, daß die Stimmung zum Verbandstage fast durchweg auf 50 Pfg. Beitrag lautet. Da möchte ich den Vorschlag machen davon 7 1/2 Pfg. der Lokalkasse zu überlassen. Um Staffelleitungen zu umgehen, hat unsere Zahlstelle den Antrag gestellt, junge Arbeiter bis zu 18 Jahren den weiblichen (damit haben wir in Zukunft auch zu rechnen) gleich zu stellen. Mit 18 Jahren treten diese dann in die höhere Beitragsklasse über, wohl aber mit einer Karenzzeit von 26 Wochen. Diesen Punkt will ich deshalb hervorgehoben wissen, damit sich die Stimmen auch auf diese Seite wenden. Unser Verbandstag soll in erster Linie darauf bedacht sein ein Statut zu schaffen, das den neuzeitlichen Anforderungen vollauf Rechnung trägt, welches „neue Mitglieder wirbt und mit den alten nichts verdirbt“. Da wäre vor allem die Reiseunterstützung mit einem angemessenen Höchstbetrag schon mit 26 Wochen zu gewähren. Etwas muß den jungen Kollegen geboten werden entsprechend ihrer Leistungen. Die Streikunterstützung wäre um 2 Mk. erhöhen, ebenso die Umzugsunterstützung bis zu 35 Mk. Höchstbetrag bei mindestens 20 Kilometer.

Um mit Kollege Knebel, Darmen eins zu sein, wäre für die Krankengeldzuschußkasse das Wort nicht zu reden, wenn wir die Erwerbslosenunterstützung einführen. Es wäre in diesem Punkte der großen Mehrzahl unserer Mitglieder voll auf Rechnung getragen. Eine durchgreifende Erhöhung des bisherigen Unterstützungsstandes in jeder Form stünde bei einem Wochenbeitrag von 50 Pfg. nichts im Wege, wenn wir nicht im Auge haben müßten, daß die Freistellung von Beamten eine hohe Summe erfordert und doch nicht zu umgehen ist. Es muß festgelegt werden für die nächste Zukunft, ob die Mittel zur Freistellung die Hauptkasse oder die Lokalkasse trägt, denn bei der bisherigen Zahl unserer Angestellten dürfen wir unter keinen Umständen bleiben, im Gegenteil, es müssen sofort neue dazu kommen. Sollen unsere Einrichtungen eine wesentliche Verbesserung erfahren, so müssen wir bedacht sein, damit nicht dort wo einer Erhöhung der Beiträge Schwierigkeiten zu Tage

treten, nicht gleich wieder ein Sekretariatsbeitrag erhoben wird. Dieserhalb ist wohl zu prüfen, was am zweckmäßigsten und am dienlichsten ist. Lieber manchen Antrag auf Erhöhung der Unterstützungen fallen lassen, als daß sie der Freistellung von Kollegen hinderlich wäre und der Beitrag von 50 Pfg. bald wieder erhöht werden müßte.

Heinrich Becker, Kaiserslautern.

Eine Beitragssteigerung ist in unserem Verbands unbedingt notwendig, sollen wir dauernd allen Anforderungen gerecht werden. Die Kollegen der Offenbacher Zahlstelle sind für den 50 Pfg. Beitrag. Ein Teil der Kollegen hält sogar den 60 Pfg. Wochenbeitrag nicht für zu hoch. Staffelleitungen einzuführen, halte ich für verfehlt. Diejenigen Kollegen werden in Zukunft am meisten Kämpfe führen müssen, die am schlechtesten entlohnt werden. Diese sind es nun auch, welche für Staffelleitungen schwärmen. Hier machen wir nun heute schon die Erfahrung, daß sich die Kollegen gegen die Einführung eines Lokaltbeitrages sträuben. Kommt es nun zum Kampfe, so wird sich naturgemäß die Streikunterstützung nach der Höhe des Beitrages richten und liegt somit die Gefahr nahe, daß minder unterstützte Kollegen eben deshalb wieder in den Betrieb hineinkriechen. Einheitliche Beitragsleistung und einheitliche Unterstützungen sind daher notwendig. Murre Kesse werden bei der Beitragssteigerung nicht mehr abfallen, wie zu jeder anderen Zeit. — Die Einführung der Krankenunterstützung dürfte sich empfehlen, da meiner Ansicht nach unsere Krankengeldzuschußkasse nicht wesentlich darunter leiden würde.

Valentin Fetz, Offenbach.

Der Beitrag muß meiner Ansicht nach auf dem Verbandstage auf mindestens 50 Pfg. festgesetzt werden. Es könnten davon 40 Pfg. an die Hauptkasse abgeliefert werden und 10 Pfg. der Lokalkasse verbleiben. Die Sekretariatsbeiträge müssen fortfallen. Den Staffelleitungen stehe ich nicht sympathisch gegenüber. Die minder entlohten Kollegen sollen bedenken, daß die gewerkschaftliche Organisation der notwendige Verein ist und gerade ihre Lage durch den erhöhten Beitrag verbessert werden soll. Bei gutem Willen findet sich auch hier ein Weg. — Die Krankenunterstützung dürfte ein gutes Bindemittel für die Kollegen sein; jedoch fragt es sich, ob dieselbe bei 50 Pfg. Wochenbeitrag auch durchführbar ist. — Auch möchte ich die 2tägige Karenzzeit bei Streik beseitigt wissen, was in gegebenem Falle sehr unangenehm empfunden wird. Ich glaube die Kollegen, die schon einen Streik zu führen hatten, können ein Liedlein davon singen. Ich habe das feste Vertrauen zu unserem Verbandstage, daß er in all diesen Dingen den richtigen Weg finden wird und das Bestreben zeigt, die Interessen der Kollegen wahrzunehmen. Es dürfte sich ebenfalls empfehlen, daß die Ortsverwaltungen jetzt schon die Kollegen auf eine Beitragssteigerung vorbereiten und sie über die Notwendigkeit einer solchen aufklären.

Johannes Kühn, Karlsruhe.

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 24. Wochenbeitrag für die Zeit vom 10. bis 16. Juni 1906 fällig ist.

Die Genehmigung zur Erhebung eines Lokaltbeitrages erhalten, von wöchentlich 20 Pfg. die Zahlstelle Offen, von wöchentlich 10 Pfg. die Zahlstelle Gsch.

Das Mitgliedbuch von Hermann Aulz, Buchnummer 13443 ist als verloren gemeldet, und wird hiermit für ungültig erklärt.

### Lohnbewegung.

Bei allen Lohnbewegungen ist der Zentralstelle jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht über den Stand der Bewegung einzuweisen; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

Folgende ist ferngehalten von Schreibern nach Dülmen, Bielefeld, Arnstadt, Wehr, Oberhausen Rhld. Fährh. L. B., Billingen (Schump, Krumpholtz, Häbler, Ohnmacht, S. Glas, J. Glas, Schleicher, Hais, Rosenfelder, Bandle), Biersen (Firma Albert Willems in Ober-Berbig), Greben, Weßl., Danzig (Schichauwerft), Dären, Rhine, Weßl. (Firma Winemöller), Bamberg (Firma Bey) und Mühlhausen im Elsaß, — Schreibern und Maschinenarbeitern nach Dären, Hirschsprunge (Kuthe & Jahrand) und Wehr, — von Holzarbeitern aller Branchen nach Bielefeld, Weßl., — von Schreibern und Stuhlbohrern nach Schleiden (Stuhlfabrik A. G. Böhm), — von Stellmachern nach Berlin, Bremen und Köln, — von Wärfen- und Pinselmachern nach Hamburg, Pils und Gsch., Niederheim, — von Sägemännern nach Ruppert, — von Modellschreibern nach Bielefeld.

In der Schweiz sind folgende Orte strengstens zu meiden: Schar Wagner, Dargen (S. Bärth) Firma Kistling, Glaser und Schreiner, St. Gallen, Holzarbeiter aller Berufe.

**Tariffabschluß in Karlsruhe.** Wie bereits mitgeteilt, gelang es den Kollegen in Karlsruhe, nach längerem Streik, einige Verbesserungen zu erzielen und tariflich festzulegen. Die Arbeitszeit beträgt fernerhin 9 1/2 Stunden. Die Löhne werden nun 3—4 Pfg. angehebert, ebenso die Akkordsätze nun 7% erhöht. Bei schlecht zu lagierenden oder noch nicht angefertigten Stücken, wird der vereinbarte Tagelohn garantiert. Ueberzeitarbeit wird für die drei ersten Stunden mit 10 Pfg., für die folgenden Stunden und für Sonntagsarbeit mit 25 Pfg. Zuschlag pro Stunde bezahlt. Die Besserbezahlung der auswärtigen Arbeiten wird in 7 Punkten des näheren bestimmt. Eine Schlichtungskommission wird zur Beilegung von Streitigkeiten die aus dem Lohn- und Arbeitsverhältnis entstehen, gebildet. Der Tarif, der bis zum 1. März 1909 läuft, wurde zwischen der Arbeitgeberkommission und den drei Holzarbeiterverbänden abgeschlossen.

**Lohnsteigerung der Schreiner Gsch.** Die am Niederrhein geführten Lohnbewegungen unseres Verbandes zeigen das Gute,

daß in den Nachbarstädten die Kollegen und auch der Arbeitgeber aufgerichtet werden. Den in Weeze und Bielefeld geführten Streiks ist es so wohl in erster Linie zu danken, daß fast sämtlich in unserem Verbands organisierten in Gsch. eine Lohnaufbesserung von 15% erzielen.

**Lohnbewegung in Oberhausen.** Rhld. Die Kollegen Oberhausen sind mit Forderungen an die Arbeitgeber getreten. Sie verlangen eine Normal-Arbeitszeit von 10 Stunden, 48 Pfg. Minimallohn, Garantierung der bei Akkordarbeit sowie ein 10% Zuschlag auf dieselbe. Bezahlung der Ueberstunden und Regelung des Mindestens. Auf wesentliche Schwierigkeiten dürften die minimalen Forderungen nicht stoßen, wenn man bedenkt, daß Oberhausen, eine Stadt mit über 40 000 Einwohnern zu den wenigen Orten des Ruhrreviers gehört, in der Arbeitszeit eine längere wie 10 Stunden ist.

**Eingereichte Forderungen in Neisse.** Angelegenheit, daß in den letzten Jahren eine Lohnsteigerung vor sich gegangen ist, dagegen aber eine nicht unbedeutende Steigerung der Kaufpreise aller Lebensbedürfnisse eingetreten, haben die Neisser Kollegen ihren Arbeitgebern Forderungen unterbreitet, die in der Hauptsache folgendes besagen: wöchentliche Arbeitszeit von 58 Stunden, Abschaffung der Akkordarbeit, Erhöhung des Lohnes um 15%, Regelung der Ueberstunden- und Montagewelken, Anschaffung von Büchern, Beseitigung von Rost und Logis beim Einsetzen einer Schlichtungskommission. Die übrigen sind mehr nebenläufiger Natur.

**Erfolg in Allee.** Nach fünfwöchentlichem Streik, es auch hier den Kollegen einmal einen Fortschritt zu werden die unregelmäßig und dürftigen Lohnverhältnisse kennen, wird sich freuen, daß hier einmal eine Besserung wurde, wodurch es den Kollegen ermöglicht ist, weitere Verbesserungen zu erzielen. Die Arbeitszeit wird verkürzt, der Lohn erhöht. In der getroffenen Vereinbarung ist dem eine Regelung der auswärtigen Arbeiten, der bei dem Eingangs, des Ueberstundenwesens, u. s. w. vor.

**Die Lohnbewegung der Schreiner in Dortmund.** Die Dortmunder Holzarbeiter wurde im Essener Rathaus dem Vorsitz des Herrn Dr. Wietfeld ein Tarifvertrag geschlossen, der auch für die gesamten Holzarbeiter des Ruhrreviers von größter Bedeutung hat. Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, welcher als stärkster Arbeitnehmerorganisation bei dem Vertragsabschluss in Frage war vornehmlich Gegner einer Verkürzung der Arbeitszeit und zwar aus Prinzipgründen. Dieses Prinzip, eine Arbeitszeit für die Schreiner einzuführen, in den Baugewerbe gleichzeitig Maurer und Zimmerleute beschäftigt zu werden, mußte jedoch im Verlauf der Verhandlungen fallen gelassen werden. Auch die beteiligten Arbeiterorganisationen bestritten die Forderung, sofortige Einführung von 9 1/2 stündigen Arbeitszeit, sobald eine Einigung zu Stande kam. Der Vertrag, der vom 1. April 1906 bis 30. April 1907 Gültigkeit hat, regelt die Arbeitszeit wie folgt: Vom 1. April 1906 bis 1. August 1906 60 Arbeitsstunden pro Woche oder 10 Stunden täglich, vom 1. August 1906 bis 1. April 1907 59 Arbeitsstunden wöchentlich, am Sonnabend 1 Stunde früher Feierabend. Vom 1. April 1907 bis 30. April 1908 endlich 9 1/2 Stunden pro Tag, oder 56 Stunden wöchentlich. An Lohnsteigerung wurde bewilligt: am 1. April 1906 um 1. August 1 Pfg., am 1. April 1907 4 Pfg., am 1. Januar 1908 1 Pfg. so daß der gezahlte Durchschnittslohn nach den Zeitabschnitten 47, 48, 52 und 53 Pfg. Ueberstunden werden mit 10 Pfg. Nachtarbeit mit 50% Sonntagsarbeit mit 100% Zuschlag vergütet. Für die in der nächsten Umgebung Dortmunds, wo der betriebl. Arbeiter zum Mittagessen in seine Wohnung zurückkehren wird die Straßenbahnfahrt und der Lohnbeitrag für 1/2 Stunde um welche die Mittagspause verlängert wird, vergütet. Auswärtigen Arbeiten, die eine tägliche Rückfahrt erfordert, wird das Fahrgehalt und 80 Pfg. pro Tag vergütet, für die Vergütung der freien Vereinbarung überlassen. Die Paragraphen regeln die Akkordarbeit nach angefügtem Tarif, die 14 tägige Lohnzahlung mit 8 tägiger Abschlagszahlung von 80% sowie die 6 tägige Ründigung. Zur Beilegung von Streitigkeiten wird zunächst eine Kommission von 3 Arbeitgebern und 3 Arbeitnehmern angerufen. Wird keine Einigung erzielt, kann innerhalb 14 Tagen Berufung an den zu bildende Einigungsamt eingelegt werden. Sperren, Aussperrungen dürfen bis zur endgültigen Entscheidung der Kommission oder des Einigungsamtes nicht vorgenommen werden. Von Wichtigkeit ist der Schlusssatz: „Der Antrag einer Organisation auf Ausbeurteilung des Gehaltens dieses Arbeitsvertrages vor, so entscheidet über die Lohnhöhe und die Arbeitszeit das Einigungsamt nach Anhörung der örtlichen Organisationen“. — Damit ist für das Ruhrrevier der erste Schritt zur Beseitigung der 10 stündigen Arbeitszeit gemacht und wir können ruhig behaupten, daß die Ausbeurteilung und den Einfluß des christlichen Holzarbeiterverbandes ist dieser Schritt auf friedlichem Wege erreicht.

**Lohnbewegung der Wärfenmacher in Herford.** einiger Zeit stellten die bei der Firma König & Wärfen beschäftigten Kollegen Lohnforderungen. Da nicht sogleich eine Einigung erzielt wurde, reichten dieselben die Ründigung. Inzwischen besam sich die Firma dann eines besseren bewilligte einen Teil der Forderungen für sofort, den Rest zum Herbst. Erreicht wurde so eine Erhöhung des Lohnes um 3 Pfg., ein Akkordzuschlag von 10%, 5 Pfg. Zuschlag für Ueberstunden mehr als bisher und die Verkürzung der Arbeitszeit von 60 auf 58 1/2 Stunden pro Woche. Die Bewegung waren 174 Kollegen beteiligt.

**Der Streik in Dären,** welcher bereits 9 Wochen hält, hat infolgedessen eine Wendung genommen, als eine Meister aus dem Arbeitgeberverbande ausgetreten und mit unserm Verbands folgenden Vertrag abgeschlossen.

1) Die normale Arbeitszeit beträgt 10 Stunden, dieselbe beginnt morgens 7 Uhr und endet abends 7 Uhr.



3) In den Vorabenden vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten ist die Arbeitszeit um 6 Uhr abends zu beenden ohne Zuschlag. Samstags beginnt die Reinigung der Arbeitsstelle um 6 1/2 Uhr abends.

4) Für Ueberstunden wird ein Zuschlag von 10 Pfg. für angefangene Stunde gezahlt; für Nacharbeit tritt ein Zuschlag von 50% und für Sonntagsarbeit ein solcher von 100% ein.

5) Als Ueberstunden wird die Arbeitszeit nach Ablauf des normalen Arbeitstages (7-7 Uhr) angesehen. Die Nacharbeit beginnt abends um 9 Uhr und dauert bis morgens 5 Uhr. Als Sonntagsarbeit gilt die Zeit von Sonntags morgens 5 Uhr bis abends 9 Uhr.

6) Ueberstunden, sowie Nacht- und Sonntagsarbeiten dürfen in dringenden Fällen gemacht werden.

7) Bei Arbeiten außerhalb der Stadt, bei denen der Arbeiter tags und abends nicht nach Hause gehen kann, sind die hierdurch entstehenden Unkosten zu vergüten.

8) Der zur Zeit bestehende Stundenlohn ist um 5 Pfennig zu erhöhen, ebenfalls bemessend die Abkordhöhe. Der Durchschnittslohn für einen Arbeiter mit Durchschnittsleistung beträgt pro Stunde 37 Pfg., gleich 3,70 Mk. pro Tag. Bei Abkordarbeiten ist der vereinbarte Tagelohn zu garantieren.

9) Die Lohnfestsetzung für invalide und jugendliche Arbeiter, welche bis zu 2 Jahren nach beendigter Lehrzeit, bleibt der Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vorbehalten. Eine solche Vereinbarung muß jedoch innerhalb der ersten 6 Tage nach Beginn des Arbeitsverhältnisses getroffen werden; andernfalls tritt auch für diese Arbeiter der im Vertrag festgesetzte Stundenlohn in Kraft.

10) Wegen der Zugehörigkeit zum christlichen Holzarbeiterverbande oder wegen der Tätigkeit für denselben dürfen keinem Arbeiter oder Arbeiter Schwierigkeiten gemacht werden.

11) Die Lohnzahlung hat Freitag während der Arbeitszeit zu erfolgen.

12) Dieser Vertrag hat Gültigkeit vom 1. Mai 1906 bis zum 30. April 1907 und von da ab je ein weiteres Jahr, wenn er drei Monate vor Ablauf die Kündigung erfolgt.

Ob nunmehr die dem Arbeitgeberverbande noch angehörenden Firmen ebenfalls bald geschlossen sein werden, sich der Grundlege obigen Vertrages zu einigen, bleibt abzuwarten. Vorläufig dauert bei diesen Firmen der Kampf unverändert weiter.

Die Modellschreiner der Beutather Maschinenfabrik sind nunmehr in eine Abwehrbewegung einzutreten und haben am 2. Juni die Kündigung eingereicht. Die Gründe hierfür sind in dem Verhalten des neuen Werkführers zu suchen. Derselbe war früher in Hamm tätig und hatte dort nur mit organisierten Leuten zu tun, die nebenbei Landwirtschaft betrieben. Hieran hat er sich anscheinend gewöhnt und glaubt nun hier mit denselben Verhältnissen rechnen zu können. Die Löhne wurden reduziert und der garantierte Stundenlohn von 50 auf 40 Pfg. herabgesetzt. Ein Vorstellungsvertrag der Direktion hatte keinen Erfolg, und wurde den Kollegen mitgeteilt, „Es könnte jeder im Afford verdienen, was er wollte. Wenn ein Arbeiter fleißig gearbeitet habe und mit dem Afford auskomme, so werde der Meister schon zulegen.“ Auf diese Versprechungen können sich die Kollegen nicht verlassen, verlangen daher etwas Positives. Da nun alle Versuche eine friedliche Beilegung scheiterten, werden am 16. Juni die Kollegen, die zum Teil schon 7-9 Jahre im Betriebe sind, um ihr gutes Recht in den Ausstand treten müssen.

**Aussperrung der Pinselmacher in Goch.** Vor einigen Tagen trat der jetzige Inhaber der Bürsten- und Pinselfabrik in Goch an seine, schon seit langem in unserem Verbande organisierten Arbeiter heran und verlangte den Abschluß eines Arbeitsvertrages. Gegen diese Absicht hatten unsere Kollegen nun grundsätzlich nichts einzuwenden und waren bereit an der Abfassung des Vertrages mitzuwirken. Dieses wurde jedoch abgelehnt und darauf legte dann der Firmeninhaber einen Vertragsentwurf vor. Es genügt zur Beurteilung desselben nur das eine, daß Herr Belling nichts mehr als nichts weniger verlangte, als den Abschluß eines Vertrages bis zum Jahre 1911 und dabei ohne jegliche Lohnerhöhung. Hieran gingen unsere Kollegen ab und legten dann der Firma einen Vertragsentwurf vor, mit 3jähriger Arbeitsdauer und minimalen Verbesserungen. Diese wurden vom Firmeninhaber jedoch rundweg abgelehnt. Samstags wurde dann die einzelnen Arbeiter gefragt, ob sie den Vertragsentwurf der Firma unterschreiben wollten. Wurde dieses verweigert, was bei allen der Fall war, so erhielten dieselben Kündigung und 14 Tage später, am Pfingstmontag, ihre Entlassung. Ob nun die Firma glaubt, mit ihren Lehrlingen jugendlichen Arbeiter, welche auch gefährliche Maschinen bedienen sollen, genug produzieren zu können, oder aber ob die Meinung ist, man müsse den Scharfmachern den Lauf ablaufen, ist nicht gleich ersichtlich. Bemerkenswert ist, daß die ausgesperrten Arbeiter in andern größeren Betrieben der Stadt keine Arbeit erhalten konnten. Auf welche Gründe dieses zurückzuführen ist, kann man sich leicht denken. Die Kollegen jedoch sind entschlossen, den ihnen aufgezwungenen Kampf mit aller Energie durchzuführen und sind hierbei der Sympathie der gesamten Arbeiter- und Bürgerchaft sicher.

## Berichte aus den Zahlstellen.

**Landersbühlshaus.** Auch hier zeigen die Kollegen großes Interesse für den Verbandstag und war derselbe in der letzten Versammlung am 27. Mai der Gegenstand unserer Diskussion. Stimmbeiträge, die öfters erwähnt, wurden einstimmig für die Beitritte, da durch die schwankenden und niedrigen Löhne Beiträge wie 50 Pfg. den Kollegen wirklich schwer fallen und manche Zahlstellen besonders auf dem Lande und in den Städten, die doch eine beträchtliche Zahl von Mitgliedern zu führen, würden kaum für längere Zeit zu erhalten. Dadurch werden selbst die mit großer Mühe und Opfern in den Städten errungenen besseren Verhältnisse nur erschwert, und die Kollegen in den Zahlstellen auf dem Lande nie an Verbesserung ihrer Lage denken können. Was Opferwilligkeit angeht, so soll es auch hier nicht fehlen. Bringen doch den Zahlstellen gemäß dieselben noch viel größere Opfer. Die Beiträge auszusparen wurde nicht befürwortet; im Gegenteil, man solle den Zahlstellen freie Hand lassen.

**Essen-Rüttenscheid.** Der im hiesigen Bezirk bestehende Tarifvertrag scheint bei der Firma J. Bruns hier selbst schwer verständlich zu sein und wenig Anlag zu finden. Auch der im Betriebe hantierende Werkführer ist nicht derjenige, der sich eines humanen Vorgehens befleißigt. Nachdem er 5 Jahre Kesselfeuer geleistet, glaubt er nun in seiner neuen Würde mit den Kollegen anfangen zu können, was ihm beliebt. Die Kollegen werden gebeten, diesem Betriebe eine größere Aufmerksamkeit zu schenken, damit baldigst Remedur geschaffen werden kann.

**Hannover.** Die bevorstehende Gewerbegerichtswahl macht es allen Kollegen zur Pflicht eine eifrige Agitation für die Wahl unserer Kandidaten zu betreiben. Die am 21. Mai stattgefundene imposante Versammlung, die von 1600 Personen besucht war, muß auch den letzten Kollegen belehren haben, welche Bedeutung die Gewerbegerichte für den Arbeiter haben. Ebenso hat aber auch die Versammlung gezeigt, daß nur Männer unseres Vertrauens als Beisitzer gewählt werden dürfen. Die parlamentarische Vertretung der „Genossen“ war es gerade, welche sich bei Einführung der Gewerbegerichte ablehnend verhalten hat. Heute aber bilden sich die Herren ein, daß ohne sie die Welt nicht regiert werden könnte. Zeigen wir daher am Wahltag und vorher in der Agitation, daß es auch in Hannover christliche Arbeiter gibt, die verstehen einen Wahlkampf mit Erfolg zu führen.

**Frankfurt.** In geheimer Abstimmung erklärten sich auch die Kollegen unserer Zahlstelle mit großer Mehrheit für die Einführung des 50 Pfg.-Wochenbeitrages. In der beschlußfassenden Versammlung war auch Kollege Möblich anwesend, der einen Vortrag über die Bewegungen der Gegenwart hielt. — Da unser bisheriger Vorsitzender sein Amt, trotz des vielfachen Ersuchens der Kollegen es beizubehalten, niederlegte, mußte eine Neuwahl stattfinden, die als Resultat die Wahl des bisherigen 2. Vorsitzenden, Kollegen Dufner, zeitigte. Möge die Zahlstelle unter der neuen Leitung wieder blühen und vorwärts kommen.

**Frankfurt.** Verschiedene Mißstände, die in Nr. 18 unseres Organs kritisiert wurden, gaben einigen Meistern Veranlassung zu erklären, daß die Veröffentlichung derselben etwas sozialdemokratisches sei und wir nur das Wort „christlich“ als Deckmantel benutzten. Aus diesem Grunde hielten wir am 25. Mai eine öffentliche Versammlung ab, zu der auch die Arbeitgeber eingeladen waren. Nach dem Referat des Kollegen Klügel, Schweid, wozu melbten sich dann auch einige Meister zum Wort. Ihre Einwendungen wurden jedoch vom Referenten treffend widerlegt. Hoffentlich sehen die Indifferenten am Orte bald ein, daß eine Verbesserung ihres Loses nur durch die Organisation möglich ist.

**Wien.** Eine sofortige Erhöhung des Beitrages auf 50 Pfg. hielten die Mitglieder unserer Zahlstelle in der letzten Versammlung für schwer durchführbar, da man die örtlichen Verhältnisse denn doch in etwa berücksichtigen müsse. Jedoch sprachen sich die Kollegen dafür aus, daß ein Aufschlag von 10 Pfg. von Zeit zu Zeit vorgenommen werden solle. — Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde auf die nachahmenswerte Methode des sog. Holzarbeiterverbandes hingewiesen, der ein Mitglied zwecks Agitation nach dem Münsterlande verpflanzt hat. Dasselbe sah jedoch ein, daß in Wien sehr wenig für seinen Verband zu haben ist, und hat sich, Arbeit und Agitation im Stiche lassend, nach einem andern Orte gewandt. Wir wünschen dem Jünger des Zukunftsstaates im Münsterlande eine gute Reise.

**Lünen.** Trotz des am Orte noch herrschenden Indifferentismus gelang es uns auf einer größeren Versammlung eine Lohnerhöhung zu erzielen. Wenn die Kollegen besser zusammenhielten, ließe sich noch so mancher Vorteil erreichen. In der letzten Zeit scheint es allerdings, als ob sich die Kollegen eines besseren besinnen. Mancher, der früher der Zahlstelle den Rücken gekehrt hat, kommt wieder zurück. Doch der rückständigen Kollegen, die einen Klimbimverein dem Verbande vorziehen, sind noch viele. Dafür dürfen sie bei 32 Pfg. Lohn aber auch 11 1/2 Stunden arbeiten. Hoffentlich werden auch diese mit der Zeit schlau. Ohne Verband lassen sich eben auch in Lünen keine menschenwürdigen Verhältnisse schaffen.

## Krankenkasse.

### Tagesordnung zur Generalversammlung.

1. Rassen- und Geschäftsbericht des Vorstandes.
2. Wahl des Vorstandes und der Erasmänner.
3. Wahl der Kassierern.
4. Beratung der Anträge.
5. Verschiedenes.

Die Generalversammlung findet statt im evangelischen Vereinshaus in Essen-Ruhr, Bachstraße, — Tagungslokal des Verbandstages — und beginnt am Montag den 2. Juli, morgens 9 Uhr.

Als Delegierte zur Generalversammlung wurden gewählt: Kempf-München, Schmitz-Aachen, Ruff-Gelsenkirchen, Holle-Münster, Hofmann-Würzburg, Weigel, Andree, Thielmann-Essen, Kathreiner, Seiler, Neumann-Altenessen, Rüppers, Steinmann-Mülheim, Ruhr, Gelhar, Gast-Bochum, Potthoff, Egger, Kleinewegen-Düsseldorf, van Treel, Pfalme-Wanne.

### Anträge zur Generalversammlung.

§ 2.

**Vorstand, Altschaffenburg:** Der zweite Satz des Absatzes I ist zu streichen.

**Vorstand:** Der § 2 erhält folgenden Nachsatz: Mitglieder, welche von einer anderen Kasse ordnungsgemäß zu der unserigen übertreten, werden vom Eintrittsgeld und der Kosten der ärztlichen Untersuchung befreit.

**Düsseldorf:** Verbandsmitglieder, welche aus einer anderen Zahlstelle zu der unserigen übertreten wollen, soll dieses nach vorheriger ärztlicher Untersuchung bei Erlassung des Eintrittsgeldes und der Karenzzeit und Erfüllung der sonstigen Aufnahmebedingungen gestattet sein. Solche Verbandsmitglieder dürfen nicht früher aus der alten Kasse austreten, bis ihre Aufnahme in unserer Kasse perfekt und vom Zentralvorstand genehmigt ist.

Zur besseren Entwicklung der Kasse soll das Aufnahmealter von 45 auf 40 Jahre gesetzt werden.

**Mülheim-Ruhr:** Mitglieder anderer Krankenkassen treten, sofern sie den Pflichten der Kasse, gegenüber nachgekommen sind ohne Aufnahmegebühr mit vollen Rechten zu der unserigen über.

**Wien:** Mitglieder, welche das 45. Lebensjahr überschritten haben, können, sofern deren Eintritt in die Kasse während der ersten 3 Monate der Verbandszugehörigkeit erfolgt, aufgenommen werden.

**Görlitz:** Mitglieder anderer Kassen können ohne ärztliches Zeugnis, Aufnahmegebühr und Karenzzeit zu unserer Kasse übertreten. — Die Altersgrenze soll für sämtliche Mitglieder weggelassen.

**Hamburg:** Im Falle einer Ablehnung der Krankenkassenunterstützung durch den Verbandstag möge die Generalversammlung der Krankengeld-Zuschußklasse dem § 2 der Statuten folgenden Zusatz geben: Ausnahmen können jedoch stattfinden, wenn ein Kollege bei seinem Eintritt in die

Organisation das 45. Lebensjahr bereits überschritten hat.

**Münster:** Die Altersgrenze von 45 auf 35 Jahre zu setzen mit einer 1/4-jährigen Karenzzeit.

**Schönlank:** Die Altersgrenze ist auf 50 Jahre zu setzen.

**Bonn:** Der letzte Satz soll lauten: Die Kosten trägt die Zentralstelle.

**Schwabsoien:** Die Rassenmitglieder dürfen sich von einem beliebigen Arzte behandeln lassen.

Es sollen auch Mitglieder aufgenommen werden, die nicht dem Verband angehören.

§ 5.

**Bonn:** Das Eintrittsgeld beträgt 1 Mk.

§ 6.

**Bonn, Düsseldorf, Münster:** Während der Dauer der Krankheit sind die Mitglieder von den Beiträgen befreit.

**Wanne:** Die Mitglieder sind während einer länger als 14 Tage andauernden Krankheit von den Beiträgen zu befreien.

**Duisburg:** Es ist eine IV. Klasse einzuführen mit einem Beitrage von 55-60 Pfg. und einer entsprechenden Erhöhung des Krankengeldes.

Entsprechende Änderung des § 10.

**Hamburg:** Eine IV. Klasse vorzusehen mit einem Beitrag von 50 Pfg. pro Woche und bemessend eine Krankenkassenunterstützung von 14 Mk. pro Woche resp. 2 Mk. pro Tag. — Änderung des § 10.

§ 8.

**Vorstand:** In der ersten Zeile sind an Stelle der beiden Worte „eine andere“ die Worte „die nächstfolgende“ Klasse zu setzen.

Der letzte Satz des § 8 soll folgende Fassung erhalten: Die Krankenkassenunterstützung bemisst sich während der Dauer der ersten 12 Wochen nach dem Uebertreten nach den Sätzen der früheren Klasse.

**Bochum:** Das Krankengeld wird beim Uebertreten in eine andere Klasse von der 6. Woche an nach den Sätzen der neuen Klasse gezahlt.

§ 9.

**Bonn, Görlitz, Schwabsoien:** Das Krankengeld wird vom ersten Tage an gezahlt.

**Landshut, Schönlank:** Das Krankengeld wird bei länger als 7 Tage andauernder Krankheit vom 1. Tage an gezahlt.

**Landshut:** Wird ein Rassenmitglied von dem behandelnden Arzt für teilweise gebessert und arbeitsfähig erklärt, so soll bei erneut eintretender, aus derselben Krankheit entspringender, Erwerbsunfähigkeit die Karenzzeit in Wegfall kommen. Zwischen der Gesundheitsmeldung und Erwerbsunfähigkeit dürfen nicht mehr als 8 Tage liegen.

**Düsseldorf:** In der zweiten Zeile soll das Wort „öfteren“ gestrichen werden.

**Münster:** Bei länger als 14 Tage andauernder Krankheit sind die 1. drei Tage nachzuschaffen.

§ 10.

Nach einer Mitgliedschaftsdauer von 3 Jahren soll den Rassenmitgliedern in Klasse III 15 Pfg., in Klasse II 10 Pfg. und in Klasse I 5 Pfg. pro Tag mehr bezahlt werden.

§ 11.

**Landshut:** Mitglieder, welche länger als vier Wochen mit den Beiträgen im Rückstande sich befinden, erhalten kein Krankengeld.

§ 15.

**Vorstand:** Der § soll folgenden Nachsatz bekommen: „Zur Bezüge von Krankengeld berechtigen also nur diejenigen Krankheiten, welche nach Ablauf der Karenzzeit beginnen.“

**Beutath:** Den § dahin zu ergänzen, daß diejenigen Mitglieder, welche sich während der Karenzzeit einen Unfall zuziehen, welcher Arbeitsunfähigkeit zur Folge hat, von der 12. Woche an Krankengeld erhalten.

§ 20.

**Landshut:** Streichung des Satzes: „Wenn jemand länger wie vier Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist.“

§ 23.

**Bochum:** Wohnungswechsel muß innerhalb 14 Tage angemeldet werden. Zuwiderhandelnde können bis zu 20 Mk. bestraft werden.

§ 27.

**Hamburg:** Am Quartalschluß ist ein Drittel der laut Abrechnung einzuschickenden Summe von der Verwaltungsstelle retour zu erhalten.

**Frankfurt:** Der Geschäftsführer der Kasse soll dafür sorgen, daß eine jede Verwaltungsstelle ungefähr 50 Mk. verfügbare Gelber hat.

### Sonstige Anträge.

**Danzig:** Den Mitgliedern der Krankengeldzuschußklasse wird ein Sterbegeld gewährt:

nach 1 jähriger Mitgliedschaft	20 Mk.
" 2 "	30 Mk.
" 3 "	40 Mk.
" 4 "	50 Mk.

**Schwabsoien:** Den Kassierern der Verwaltungsstellen ist eine kleine Besoldung zu gewähren.

Von einzelnen Verwaltungsstellen wurden Anträge um Einführung von bereits im Statut vorgesehenen Bestimmungen gestellt. Derartige Anträge wurden, weil zwecklos, nicht veröffentlicht.

## Sterbefälle.

Heinrich Müller, Rodelschreiner, gestorben zu Straß. Ruhe in Frieden!

## Gewerkschaftliches.

Für die „Berliner“ hat sich der Fürstbischof Dr. Bauer in einem Schreiben an den Klerus der Olmüger Diözese preussischen Anteils ausgesprochen. Obgleich der Herr Fürstbischof Dr. Bauer in seinem Schreiben betont, daß diese konfessionelle Organisationsform nicht hindere, „daß bei allen, den Arbeitern gemeinsamen, wirtschaftlichen Angelegenheiten soziale Ausschüsse zwischen den verschiedenen Organisationen gebildet werden, in denen sich die Delegierten der prinzipiell verschiedenen gearteten Organisationen von Fall zu Fall über ein gemeinsames praktisches Vorgehen mit einander verständigen können“, ist es im Interesse der Förderung einer zielbewußten, intensiven christlichen Arbeiterbewegung in Oesterreich zu bedauern. Die junge Bewegung, wie sie besonders von Wien aus gepflegt wird, hat in Oesterreich schon mit den verschiedensten Schwierigkeiten, die außerhalb ihres Bereiches liegen, zu kämpfen. Mit dieser offiziellen Empfehlung der Berliner Fachabteilungen wird der Kampf in den eigenen



schien entbrennen und dieselben traurigen Folgen zeitigen, wie in Schlesien und Sachsen.

**Arbeiterverrat, gerichtliche Abweisung der Klage und kein Gegenwehr.** Ein gewisser Herr Vorhölzer, seines Reichens Bezirksleiter des „deutschen“ Metallarbeiterverbandes, hat am 10. Februar d. J. gegen den Redakteur der „Furtwanger Nachrichten“ in Furtwangen eine Klage beim Amtsgericht Stuttgart-Stadt erhoben. Die „große“ Verleumdung wurde in folgendem Schlußsatz eines Versammlungsberichtes erbracht: „Herr Adolph, wie auch Herr Kollosch, gaben mir eine Schilderung des Verhaltens der freien Gewerkschaften gegenüber den christlichen Gewerkschaften, das jeder rechtlich denkende Mensch nur bedauern muß; man sollte es nicht für möglich halten, mit welcher Geschäftigkeit diese Führer der freien Gewerkschaften gegen ihre christlich gesinnten Kollegen vorgehen, besonders dieser Herr Vorhölzer, dem wiederholter Arbeiterverrat nachgewiesen wurde“.

Auf Beschluß vom 17. März d. J. hat das Amtsgericht Stuttgart die Klage kostenpflichtig abgewiesen. Interessant ist nun besonders, daß der beklagte Redakteur in seiner Erklärung an das Amtsgericht Stuttgart betonte, daß er gerne bereit sei, von Herrn Vorhölzer eine Darstellung der Sache aufzunehmen, durch welche derselbe den Beweis erbringen könne, daß er niemals Arbeiterverrat geübt habe. Aber wer in seiner Erklärung in dem genannten Blatt den Beweis erbrachte, daß er nie Arbeiterverrat verübt habe, das war der Herr Vorhölzer, Bezirksleiter des deutschen Metallarbeiterverbandes. Warum nicht? Sagte doch der Herr Bezirksleiter in seiner Klageschrift u. a.: „Es kann also der Privatkläger in seiner Ehre nicht tiefer gekränkt werden, als wenn ihm vorgeworfen wird, er habe einen Arbeiterverrat, und das auch noch zu wiederholtenmalen, begangen“. Wir halten allerdings auch viel auf Ehre und finden es daher nur verwunderlich, daß sich Herr Vorhölzer nicht bemüht hat, etwas ehrenvoller abzuscheiden. Da wir jedoch mit Rücksicht darauf, daß Herr Vorhölzer gern zum Rade geht, eine naheliegende Schlussfolgerung nicht ziehen wollen, möchten wir nur die schüchterne Frage an Herrn Vorhölzer richten, ob er wirklich noch nie Arbeiterverrat geübt hat.

Warum die rote „Holzarbeiterzeitung“ über die christlichen Gewerkschaften schimpft. Eine ebenso lächerliche wie sich selbst widersprechende Notiz entnimmt die rote Lunte der sozialdemokratischen „Münchener Post“ über den von uns in Hamburg in der Pfalz geführten Kampf um die Anerkennung der Organisation. Das konfuse Zeug steht in der Wiederholung alter, auswendig gelernter Mätzchen einem schon einmal links und rechts getragenen Hemd eines sozialdemokratischen Agitators der „Holzarbeiterzeitung“ verteuelt ähnlich. Da sich die Notiz selbst widerlegt, haben wir keinen Grund, auf dieselbe weiter einzugehen, wollen aber doch hier einmal eine Tatsache aus diesem Kampfe feststellen. Als nämlich auf die Maßregelung einiger Mitglieder unseres Verbandes, die übrigen einmütig sich solidarisch erklärten und die Arbeit verweigerten, blieb der Maschinenführer, ein wackelhafter Sozialdemokrat, als Streifsbrecher stehen. Hätte er mitgewirkt, dann wäre der ganze Betrieb stehen geblieben, die Jugendlichen hätten nicht weiter beschäftigt werden können und der Kampf hätte viel früher und mit bedeutend weniger Geld Erfolg haben müssen. Aber nicht genug dieses Verrats, fing der gute Mann auch noch zu schreien an und bediente gleichzeitig mehrere Maschinen. Trotz dieser Heldentat des Betreffenden, der auch im Schimpfen über die Christlichen noch erhebliches leistete, sah sich die Firma gezwungen, nach fünfwochenlangem, ehrenvollem Kampfe unserer neuen Mitglieder, die sich wacker gehalten haben, in der größten Mehrzahl wieder einzustellen. Unser Verband aber hat einen starken Zuwachs an Mitgliedern und die Anerkennung durch die Hamburger Unternehmer errungen. Aus obigem ist auch leicht zu ersehen, warum die rote Presse jetzt über andere schimpft. Es gilt auch hier wie überall und immer, die eigenen Streifsbrecher und Schandtaten zu verdecken. Die Roten wollten ja bereits während des Kampfes im Trüben

fischen, erhielten aber den wohlverdienten Gelftritt. Die rote „Pfalz. Post“ brachte nämlich einen Bericht von Hagen und Verleumdungen streifenden Artikel, daß selbst ein Blinder die Unwahrheiten greifen konnte, worauf den roten Brüdern der Abschied in einer Weise gegeben wurde, welche die jegige Mut erklärlich macht. Uebrigens hätten die „Freien“ nach ihrer gründlichen Blamage, die sie sich in dem benachbarten Annweiler beim dortigen Streik mit der Bebel-Knute geholt haben, sowie nach der furchtbaren Niederlage in Neckarau, nach der Schusterei bei der Maifester in Nürnberg und anderen Orten, allen Grund, sehr, sehr bescheiden zu sein.

Da allem Anscheine nach die lächerlich-kleinlich, dumm-breite Notiz der „Münchener Post“ ihren Weg durch die Parteipresse genommen hat, möchten wir die Kollegen bitten, für genügende Verbreitung dieser Aufklärung Sorge zu tragen.

**Sozialdemokratische Logik.** Wie unseren Kollegen erinnerlich sein dürfte, hat seinerzeit unter der Führung der Mannheimer sozialdemokratischen „Volksstimme“ ein wahres Haberfeldreiben mit blutigen Standaßenen der Roten gegen die Christlichen stattgefunden, als diese es vorzogen, an Stelle des Schimpfens und Räsonnieren praktische Arbeit zu leisten und eine Bewegung für die Erhöhung der ortsüblichen Tagelöhne in Baden in die Wege zu leiten und durchzuführen. Aus den verschiedensten Orten des ganzen Landes sind nun bereits Berichte eingelaufen, durch welche dargelegt wird, daß der Erfolg nicht ausgeblieben ist und Erhöhungen bereits an vielen Orten stattgefunden haben. Wie sehr aber nur der blasse Reiz die Roten zu ihrer damaligen Haltung gegen die Christlichen veranlaßt hat, geht aus nachstehender Notiz derselben oben erwähnten „Volksstimme“ hervor, die folgenden Wortlaut hat:

„Das hiesige Bezirksamt unterzog die Festsetzung der ortsüblichen Tagelöhne einer Revision. Die Arbeiter tun gut daran, sich diese Notiz aufzubewahren, damit sie stets unterrichtet sind über die Höhe der ortsüblichen Löhne; bei gewerblichen Klagen und vielen anderen Vorkommnissen im Arbeiterleben spielen diese eine Rolle. Die Lohnsätze betragen nunmehr: In der Stadtgemeinde Weinheim: Für erwachsene (d. h. über 16 Jahre alte) männliche Personen 2,70 Mk., weibliche 1,70 Mk., für jugendliche (d. h. unter 16 Jahre alte) männliche Personen 1,40 Mk., weibliche 1,10 Mk.; in den Gemeinden Heidesheim, Hemsbach und Laubendach: 2,20, 1,50, 1,20, 1,00 Mk.; in den übrigen Gemeinden des Amtsbezirks: 2,00, 1,50, 1,20, 1,00 Mk.“

Also hier wird unumwunden das zugestanden, was die christlichen Gewerkschaften bei ihrer Bewegung um die Erhöhung der ortsüblichen Tagelöhne geltend machten. Damals hat man von Seiten der „Volksstimme“ und der „freien“ Gewerkschaften alles versucht, um die Bewegung der christlichen Organisationen lahm zu legen, glücklicherweise mit negativem Erfolg. Selbst der Redakteur Maier von der „Volksst.“ hat an diesem Sturmhaufen teil genommen. Und heute gesteht die „Volksst.“ selbst zu, daß die ortsüblichen Tagelöhne im Arbeiterleben eine Rolle spielen. Treffender hätte das arbeiterschädliche Treiben der freien Gewerkschaftler nicht verurteilt werden können, als wie es durch die obige kurze Notiz geschieht.“

## Soziale Rundschau.

Ueber den Maximalarbeitslag hielt Privatdozent Dr. Harms, Tübingen auf dem evangelisch-sozialen Kongress, der am 5. 6. u. 7. Juni in Jena stattfand, einen interessanten Vortrag. Er trat aus sozial-ethischen und sanitären Gründen für eine Verkürzung der Arbeitszeit vor allem für die weiblichen und jugendlichen Arbeiter ein. Wirtschaftliche Rücksichten könnten für die Verkürzung der Arbeitszeit in gesundheits-schädlichen Industrien und für jugendliche Arbeiter nicht ausschlaggebend sein. Dagegen sei die Verkürzung der Arbeitszeit Erwachsener vom Standpunkt der ökonomischen Wirkung aus zu betrachten. Die Arbeitszeit dürfe nur so weit verkürzt werden, als sie durch die gestiegene Arbeitsintensität ausgeglichen werde. Im einzelnen forderte der Redner für die Arbeiterinnen und jugendlichen männlichen Arbeiter einen neunstündigen Maximalarbeits-

tag, für die erwachsenen Frauen den zehnstündigen, jedoch bei seiner Einführung weitgehende und leibergangsbestimmungen. Als dringend erwünscht die internationale Einführung des zehnstündigen Arbeitstages für die Frauen hin. Eine allgemeine Regelung der Arbeitszeit erwachsener Männer empfehlte er nicht.

In der Diskussion, die sich an den Vortrag schloß, tonte Professor Franke, Herausgeber der „Sozialen“, daß auch er nicht einen schablonenhaften Maximalarbeitsstag wünsche, zumal die Arbeiter oft gegen seien, weil sie eine Lohnkürzung befürchten. Verkürzung der Arbeitszeit in den gesundheits-schädlichen Betrieben sei der Organisation der Arbeiter und der Unternehmer zu überlassen. Die Tarifbewegung in der die Regelung der Arbeitszeit eine hervorragende Rolle spiele, vollziehe sich in der ruhigsten und friedlichsten Weise ohne daß die Industrie und das Unternehmertum welchen Schaden erleiden. Wenn das Unternehmertum des Saarreviers diese Bewegung zu unterstützen suche, so sei das eine Frivolität, die an die Sinn grenze. Es sei dringend notwendig, daß der Arbeiter nicht abgeradert in die Fabrik komme, sondern daß ihm auch noch ein Muße bleibe, sich geistig weiter fortzubilden. Die Tarifbewegung sei von unendlich größerem Wert als Streiks und Aussperrungen. Professor Wagner, Berlin, bezeichnete die Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit als eine Forderung der ganzen Welt. Nach seiner Meinung dürfe man aber die Verkürzung der Arbeitszeit nicht der Vereinbarung der Unternehmer und Arbeiterorganisationen überlassen. Einmal Arbeiter das unbeschränkte Koalitionsrecht, dann aberseits Mannheimer Vorgängen, wo man die christlichen Gewerkschaften für gefährlicher erklärte als die sozialdemokratischen, Verständigung mit den Unternehmern nicht zu denken. Wagner schloß seine von stürmischem Beifall begleitete Ausführungen mit folgenden Worten: „Es muß das werden, daß auch dem Arbeiter die Wohlthaten des Scheines zugute kommen. Mögen Sekretäre und Arbeiter noch so sehr über uns spotten und verhöhnen, wir erachten es für unser Recht für unsere soziale Pflicht, die Verkürzung der Arbeitszeit auf gesetzlichem Wege zu erreichen. Sollte es nicht gelingen, diese Forderungen durchzusetzen, hat das Zeitalter der Maschinen für die Menschheit Segen.“ Jeden Arbeiter und Arbeiterfreund muß Ausführungen mit aufrichtiger Freude erfüllen. Nachschlagen, die man neulich im Herrenhause der Gewerkschaften zu verfehen suchte, wirken solche Werksprechungen wie Sonnenschein nach Gewittersturm die christl. Gewerkschaften wären solcher Lichtblicke nicht wert, wenn sie nicht, trotz aller Hindernisse, in zielbewusster mutig vorwärts streben und alles tun würden, um sich zu erstarben, zugleich aber, um ihre Mitglieder deutschen Arbeitern zu erziehen, die durch berufliche, allgemeine Bildung und Charakterstärke der Gewerkschaftsbewegung auch nach außen hin die und Beachtung zu erringen im Stande sind, die moderne Kulturerscheinung, als einen bedeutungsvollen Faktor gebührt.

## Briefkasten.

Kollegen, die in Stuhlfabriken beschäftigt sind, oder arbeitenden Kollegen in Berlin kommen, werden gebittet, Kollegen Max Klein, Danzig, St. Josefs-Haus, Gasse, nähere Angaben über die dort beim Zusammenbau der Maschinenarbeit, dem Bohren, der Drehschleife, der 2c. gezahlten Löhne und Arbeitsbedingungen zu machen. Es wird vielseitiges Material erbeiten.

H. B. Der Konkursverwalter hat als amtlich Person gewiß kein Interesse daran, Dir Deine Ansprüche zu erhalten. Du wirst eben warten müssen, bis wieder ein Konkursmasse eingegangen sind.

## Versammlungs-Anzeiger.

Versammlungen finden statt

**Nachh.** 24. 6. 11 Uhr, Restauration Kettens, Elffhornsteinst. **Nidling.** Jeden Sonntag 10 Uhr im Gefellenhaus. **Niedersachsen.** 23. 6. 9 Uhr, Kaffee Ritt, Friedrichstraße. **Nürnberg.** 24. 6. 10½ Uhr, beim Rößlwirt. **Nien.** 23. 6. 8½ Uhr, bei Mehling, Nordtor. **Nied.** 23. 6. 8½ Uhr, Rest. Jäger, Köpferstraße 80. **Sobern.** 23. 6. 8½ Uhr, bei Meise. **Soholt.** 24. 6. 11½ Uhr, bei Franz Döring, Ofertor. **Sachsen-Sachsen.** 19. 6. 8½ Uhr, im Schützenhof. **Schlesien.** 22. 6. 7 Uhr, Wirtschaft Dehner, Perforierstraße. **Schwaben.** 24. 6. 2½ Uhr, christliches Gewerkschaftshaus, Thalstr. **Sied.** 21. 6. 8 Uhr, Wirt Kottmann, Essenerstraße 13. **Sied.** 23. 6. 9 Uhr, Zum Großen Kurfürst, Sandlaule. **Sied.** 23. 6. 8½ Uhr, bei Raritz, Parlamentstraße 3. **Sied.** 24. 6. 1 Uhr im Felsenkeller. **Sied.** 19. 6. 8½ Uhr, Gastwirt Schnabel, Alexanderstr. 5. **Sied.** 23. 6. 8½ Uhr, Wirtur Hof, Steinstr. **Sied.** 24. 6. 5 Uhr, Eiferer Hof. **Sied.** 20. 6. Gastwirt Jürgens, Weststraße. **Sied.** (Schweiz). 20. 6. 8½ Uhr, Postkellerei, Nebenzimmer. **Sied.** 21. 6. 4½ Uhr, bei Kackelwast, Friedrichstraße 52. 7. **Sied.** 23. 6. 9 Uhr, Wirtschaft Weyerbusch, Wittenstraße 27. **Sied.** (Kaiser). 24. 6. 11 Uhr, bei 6. Mehmacher, Rheingasse 4. **Sied.** (Wagenbauer). 22. 6. 9 Uhr, im Paulushaus. **Sied.** 21. 6. 8½ Uhr im Paulushaus. **Sied.** 20. 6. 9 Uhr, Brauerei Große, Ecke Karl- u. Nieder-Amshäuserstraße. **Sied.** 24. 6. Lokal Wilhelm Bien, Ostgraben. **Sied.** 22. 6. 8½ Uhr, im christlichen Gewerkschaftshaus. **Sied.** 24. 6. 11½ Uhr bei Beitelmann. **Sied.** 23. 6. 8½ Uhr, im Arbeiterheim, Seilenstraße 19. **Sied.** 23. 6. 8½ Uhr bei Bernhard Wiltrod. **Sied.** 23. 6. 8½ Uhr, St. Josephshaus, Löffergasse. **Sied.** 23. 6. 9 Uhr, im Arbeiterhaus. **Sied.** (Zap.). 23. 6. 8½ Uhr, Restauration Stude, Viehhoferstr. 50. **Sied.** 23. 6. 9 Uhr, Restauration Hertmann, Alsbahn. **Sied.** 23. 6. 8½ Uhr, Zur Trompete, II. Nebenzimmer. **Sied.** 22. 6. 8½ Uhr, Weinwirtschaft Hof. **Sied.** 23. 6. 8 Uhr, Gasthaus zum Ochsen. **Sied.** 21. 6. 9 Uhr, „Goldene Jange“, Fahrgasse.

Verantwortl. Redakt. u. V. R. Carl Jansen, Köln.  
Druck von Heinrich Heising, Köln.

**Greven.** 24. 6. Nach dem Hochamt bei Wtw. Winnigshoff. **Gilden.** 24. 6. 10½ Uhr, Lokal zum Deutschen Kaiser, Mittelstraße. **Gumburg.** 23. 6. 9 Uhr, „Zur Wartburg“, Gülden 60. **Guthe.** 22. 6. 9 Uhr, Wirt Wink, Kölnstraße 17. **Horn-Emscher.** 23. 6. 8 Uhr, Gastwirt Trichter. **Heilbronn.** 23. 6. 8½ Uhr im Schönhof. **Herrsch.** 24. 6. 10 Uhr, katholischer Arbeiterverein. **Hempfen.** 24. 6. 10 Uhr, zur blauen Traube. **Leunep.** 21. 6. 8½ Uhr, „König von Preußen“. **Landshut.** 24. 6. 10 Uhr, im Moserbräu. **Mannheim (Wagner).** 21. 6. in der Spreyerer Bierhalle. **Mannheim.** 23. 6. 8½ Uhr, Gefellenhaus 2. 17. **Mannheim.** 23. 6. 8½ Uhr, im Kollergarten, Schwanthalerstr. 84. **Mann.** 23. 6. 8½ Uhr, „Burg Elb“, Pfaffenstraße 9. **Mann.** 22. 6. 9 Uhr, Hotel „Alberthof“. **Mannhausen I. Gf.** 23. 6. 8 Uhr, Lokal Harter, Welferterstr. **Meiße.** 23. 6. 2 Uhr, Gasthaus zum schwarzen Schiffe. **Meiße.** 23. 6. 8½ Uhr, Rheinische Frühstückstube, Marktstr. **Meiße.** 23. 6. bei Hammerden, Marktstraße. **Oberhausen.** 24. 6. 11 Uhr, bei Gastwirt Fischer. **Paderborn.** 24. 6. 11 Uhr in der Domschenke, Wirt Mues. **Paffen.** 24. 6. 10 Uhr, katholisches Vereinshaus. **Rosenheim.** 24. 6. 10 Uhr, Gefellenhaus, Nebenzimmer.

## Gesucht

4-5 tüchtige Möbelschreiner

auf polierte Möbel, sowie

ein erfahrener Maschinist

u. ein Möbelfabrikant

Kreuzlingen bei Konstanz am Bodensee.

Ein befähigter Werkführer, ein tüchtiger Maschinist, sowie mehrere Hand- und Möbelschreiner werden auf sofort gesucht. Arbeitsnachweis für das Baugewerbe, Bremerhaven, Akerstraße 1.

In Rheine (Westfalen) finden 6-7 Schreiner Beschäftigung. Zu melden bei der Verwaltung der dortigen Zunftstelle.

**Das Reich**

Unabhängige nationale Berliner Cagesetzung für soziale Reform. Bezugspreis bei allen Postanstalten vierteljährlich 2,55 Mk., monatlich 85 Pfg., bei freier Zustellung ins Haus vierteljährlich 72 Pfg., monatlich 24 Pfg. mehr. „Das Reich“ ist daher die einzige zweimal erscheinende, nationale Cagesetzung der Reichsbewegung. Eigener Verleger, eigene Spezialredaktion, eigene Druckerei. Preis 10 Pfg. um mehrerlei unterbreitet die Reichsbewegung. Berlin SW. 61, Johanneis-